

Politische Verfolgung auf „Rechtswegen“

Mittels fabrizierter Anklagen und illegaler Verhaftungen versucht der philippinische Staat linke Aktivist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen zum Schweigen zu bringen.

Von Hannah Wolf

Menschenrechte (nicht) für alle

„Wir werden die Rechte aller schützen, selbst derer, die gegen uns sind“, versprach der philippinische Präsident Benigno C. Aquino im Juli 2012. Ein willkommenes Versprechen, das jedoch in scharfem Kontrast zu Statistiken über Menschenrechtsverletzungen und somit den Schicksalen von Opfern und ihren Angehörigen steht.

Seit Beginn von Aquinos Amtszeit im Jahre 2010, hat die Menschenrechtsallianz KARAPATAN 129 politisch motivierte Morde, 12 Fälle von Verschwindenlassen und 239 illegale Verhaftungen mit Inhaftierung dokumentiert.

Unter den Opfern sind häufig diejenigen, die dem Staat kritisch gegenüberstehen und die Einhaltung sowie den Schutz fundamentaler Rechte fordern. Es sind politisch engagierte Menschen, die für gerechte Arbeitslöhne, für ihr Recht auf Land, gegen transnationale Konzerne und deren zerstörerischen Bergbauaktivitäten kämpfen oder für umfassende politische Veränderungen. Besonders betroffen sind vor allem Aktivist_innen linksgerichteter politischer Parteien und Organisationen.

Dämonisierung von politischen Aktivist_innen

Die politische Verfolgung von eben diesen Aktivist_innen folgt einem sorgfältig etablierten Muster, in dem allenfalls der Modus und die Intensität der systematischen Verfolgung variieren. Vor dem Hintergrund bewaffneter Konflikte und einer umfangreichen militärischen Kampagne zur Aufstandsbekämpfung (Operation Bayanihan), dämonisieren staatliche Akteur_innen politische Aktivist_innen als Staatsfeinde und kommunistische Terrorist_innen.



Kritische Nicht-Regierungsorganisationen und Kirchen werden als Frontorganisationen des kommunistischen Aufstandes gebrandmarkt.

Diese Rhetorik (Red-Baiting) schafft ein klares Feindbild und suggeriert eine Gefahrensituation, in der die nationale Sicherheit gleichsam von bewaffneten Guerillas sowie von friedlichen Aktivist_innen bedroht wird.

Die Dämonisierung erlaubt es, Aktivist_innen außerhalb der Legalität zu platzieren und eröffnet dementsprechend einen rechtsfreien Raum zur Bekämpfung dieses „inneren Feindes“. Sowohl machtvolle Clans, als auch das Militär, die Polizei und nicht zuletzt die Justiz, bedienen sich als Teil des Herrschaftsapparates dieses rechtsfreien Raumes.

Oftmals bleibt es jedoch nicht bei verbalen Verleumdungen. Wer einmal zur Zielscheibe von Regierung und Militär geworden ist, hat verschiedene Formen physischer Verfolgungen zu fürchten. Aktivist_innen werden verschleppt, illegal verhaftet, gefoltert, inhaftiert oder getötet.

Fabrizierte Anklagen, illegale Verhaftungen und Inhaftierungen sind daher als Teil von Verleumdungsstrategien im Rahmen der Aufstandsbekämpfung zu verstehen. Sie sind ein klassisches Beispiel für ein strategisch rechtliches Vorgehen gegen öffentliche Partizipation (engl. Strategic Legal Action Against Public Participation - SLAPP). Damit sind Rechtstreitigkeiten und rechtliche Vergeltungsmaßnahmen gemeint, die vorwiegend von machtvollen (juristischen) Personen gegen finanziell schlechter gestellte Kritiker_innen mit der Absicht angestrengt werden, diese durch einen lang anhaltenden und kostspieligen rechtlichen Prozess einzuschüchtern oder gar zum Schweigen zu bringen. Daher haben SLAPPs einen alarmierenden Effekt auf die öffentliche Beteiligung der Zivilgesellschaft und auf die Ausübung ziviler und politischer Rechte, wie z.B. Rede-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Sie blockieren die Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen und sind nicht zuletzt Warnung für alle, denen Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit am Herzen liegen, sich nicht mit herrschaftskritischen Individuen oder Organisationen einzulassen.

Statistiken von philippinischen Menschenrechtsorganisationen zufolge sind unter der Aquino Regierung bisher ca. 140 politische Aktivist_innen Opfer von illegalen Verhaftungen und Inhaftierungen geworden. Berücksichtigt man die politischen Gefangenen der vorigen Amtszeiten, so sprechen Menschenrechtsorganisationen von 300 und 400 politischen Gefangenen¹, die über das gesamte philippinische Archipel verteilt in verschiedenen Gefängnissen inhaftiert sind.

Die illegale Verhaftung und Inhaftierung von Zara Alvarez

Eine von ihnen ist Zara Reboton Alvarez. Die linke politische Aktivistin und Menschenrechtsverteidigerin, wurde am 30. Oktober 2012 in ihrer Heimatstadt Cadiz City auf der Insel Negros, im Zentrum der Philippinen, verhaftet. Es war gegen 18Uhr abends, als sie auf ein Motorradtaxi wartete und von ca. 30 Soldaten umzingelt wurde. Sie rief um Hilfe, doch die Soldaten warnten Umstehende nicht zu intervenieren. Später kam die Polizei der Stadt Cadiz hinzu und brachte Alvarez zur Polizeistation.

Erst während ihrer Verhaftung erfuhr Alvarez, dass sie bezichtigt wird, ein Mitglied der kommunistischen Neuen Volksarmee (NPA) zu sein und wegen Mordes an einem Leutnant der philippinischen Armee angeklagt ist, der am 7. März 2010 in einem Gefecht zwischen der philippinischen Armee und der Neuen Volksarmee ums Leben kam.

Bereits in ihrer Schulzeit ist die 31-jährige Alvarez zu einer bekannten Aktivistin geworden. Sie war Vorsitzende der linksgerichteten Jugendorganisation ANAK BAYAN-Negros, stellvertretende Generalsekretärin des linksgerichteten politischen Dachverbandes BAYAN-Negros sowie Kampagnen- und Bildungsreferentin der Menschenrechtsorganisation KARAPATAN-Negros. Als alleinerziehende Mutter eines dreijährigen Kindes war sie zuletzt Mitarbeiterin der Allianz von Menschenrechtsverteidiger_innen in Nord Negros.

Mit ihr sind Dutzende andere angeklagt, viele von ihnen sind Mitglieder oder führende Aktivist_innen von Menschenrechts- und politischen Organisationen.

Der Fall Alvarez ist beispielhaft für viele andere. Berichten der Nationalen Anwaltsvereinigung (NUPL) zufolge, werden Aktivist_innen häufig weder über die gegen sie vorliegende Anklage informiert, noch wird ihnen gewährt sich zu diesen zu äußern und sich entsprechend zu verteidigen.

Die Anklageschriften enthalten sogenannte „John/ Jane Does“, sog. Platzhalternamen für fiktive bzw. nicht identifizierbare Personen. Auf diese Weise können fortwährend weitere Namen anstelle der „John Does“ in der Anklageschrift ergänzt werden.

Bereits unter der Präsidentschaft Macapagal-Arroyos (2001-2010) nutzten Behörden auf „John Doe“ gestützte Haftbefehle für willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen von Aktivist_innen. In nur

¹ Die Menschenrechtsorganisation Task Force Detainees Philippines (TFDP) hat 300 Individuen dokumentiert, während die Menschenrechtsallianz KARAPATAN von 400 Inhaftierten spricht.

knapp vier Wochen (Dezember 2012 - Januar 2013) wurden in den Philippinen 28 Aktivist_innen verhaftet, 21 von ihnen allein auf der Insel Negros. Als vermeintliche Mitglieder der NPA sollen sie Verbrechen (z.B. Mord, Brandstiftung) begangen haben, für die grundsätzlich keine Entlassungen gegen Kautionsvoraussetzungen vorgesehen sind.

Ist der Haftbefehl - ordnungsgemäß oder fehlerhaft – ausgestellt, folgt die Verhaftung von Aktivist_innen, wie Alvarez, oft ohne große Verzögerung. In anderen Fällen werden Verhaftungen auch ohne Haftbefehl vorgenommen, wie zum Beispiel im Fall Anecita Rojo, Aktivistin und Mitarbeiterin der katholischen Kirche. Sie wurde am 7. Dezember 2012 in der Provinz Negros Occidental in einem katholischen Konvent ohne Haftbefehl und von Soldaten ohne Militäruniform verhaftet.

Im Gegensatz dazu müssen Opfer von Menschenrechtsverletzungen und ihre Angehörigen meist lange warten bis verdächtige Täter_innen verhaftet werden, wenn überhaupt. Im Fall des linken Aktivisten Rene Quirante, der am 1. Oktober 2010 in der Provinz Negros Oriental ermordet wurde, konnten die verdächtigen Täter bereits identifiziert werden. Ein im Jahre 2011 ausgestellt Haftbefehl, wurde nach Berichten der asiatischen Menschenrechtskommission (AHRC) jedoch bis heute nicht ausgeführt. Der Verdächtige wurde stattdessen zusammen mit Soldaten der Philippinischen Armee gesehen und scheint keine Verhaftung fürchten zu müssen.

Wie dieses Beispiel zeigt, hängt es von den Zielpersonen und von politischen Interessen ab, ob die Justiz und Polizei ihr Mandat integer und ohne Verzögerungen ausführen. Während verdächtige Täter_innen von Menschenrechtsverletzungen weiter ihre Freiheit genießen können, werden stattdessen diejenigen verfolgt, die dieses Unrecht anprangern.

Die Justiz, die damit beauftragt ist, diese Vergehen gründlich zu ermitteln sowie Täter_innen strafrechtlich zu verfolgen und ordentliche Verfahren zu sichern, ist laut des Asian Legal Resource Center (ALRC), durch die Untergrabung von Rechtswegen und Regeln zur Beweisführung selbst an der systematischen Verfolgung von politischen Aktivist_innen beteiligt. Gibt der Haftbefehl nicht den Namen der verhafteten Person wieder, so werden die Dokumente entweder angepasst oder die wahre Identität des Häftlings ignoriert.

Die Staatsanwaltschaft – so die AHRC - dient in diesen Fällen nun mehr zur Zweckmäßigkeit als der Sicherung von begründeten Beweisen und hinreichenden Verdachtsmomenten. Stattdessen werden die Klagen häufig auf zweifelhaftes, wenn nicht gar erzwungene Zeugenaussagen gestützt.

Während diese Verfahren den betroffenen Aktivist_innen fundamentale Rechte verwehren, bleiben Richter_innen sowie Staatsanwälte_innen unbestraft und walten weiter ihrer Ämter.

Der Aktivist Romulo Bito-on ist nicht bereit dieses System stillschweigend hinzunehmen und strengte im November 2012 mit der Unterstützung von lokalen und nationalen Menschenrechtorganisationen eine Gegenklage gegen den Richter und Staatsanwalt an, die in seine Verhaftung und drei-monatige Inhaftierung involviert waren. Bito-on, ein lokaler Koordinator der linken Partei Makabayan, wurde ebenfalls beschuldigt Mitglied der NPA und als Guerillero an einer Brandstiftung beteiligt gewesen zu sein.

Es bedarf noch vieler solcher Gegenklagen von Seiten der Aktivist_innen, um der vorherrschende Straflosigkeit innerhalb der Justiz entgegenzuwirken. Insbesondere im Angesicht der anstehenden Kongresswahlen im Mai dieses Jahres, bleiben die öffentliche und politische Beteiligung sowie der Einsatz für Menschenrechte ein gefährliches Unterfangen.

Weiterführende Literatur:

Asian Human Rights Commission: The State of Human Rights in the Philippines in 2012
Observer, Vol. 3, No. 2, Red-Baiting, International Peace Observers Network
KARAPATAN: Year-end Report 2012

Die Autorin, **Hannah Wolf**, ist Diplom Politik- und Verwaltungswissenschaftlerin, Sprecherin der Menschenrechtsinitiative Sumabay Tayo! Walking together – for Justice! (ST), Mitarbeiterin im Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen (AMP) und Vorstandsmitglied des philippinenbüro e.V.